

Riesner und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Wolfsch Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 265.

Freitag, 13. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzugs- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Krieg eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigen, Leistungsbeilage Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Nobelpreis für Chemie an zwei deutsche Gelehrte.



Gehelmrat Prof. Dr. Friedrich Bergius (links) und Professor Dr. c. h. Karl Bosch (rechts).

Stockholm, 13. November. Die Akademie der Wissenschaft hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Chemie zwischen den Professoren Karl Bosch und Friedrich Bergius zu verteilen wegen ihrer Erforschung der Entziehung und Entwicklung der Hochdruckmethode.

Entgegen den Gepflogenheiten des Nobelpreis-Komitees ist der Nobelpreis für Chemie in diesem Jahre nicht reinen Wissenschaftlern zuerkannt worden, sondern erfolgreichen, mitten in der Praxis stehenden Pionieren der chemischen Technik. Beide Preisträger verdanken ihren Ruf nicht einer Arbeit, die der reinen wissenschaftlichen Forschung gewidmet ist, sondern ihre Namen haben Weltruf erhalten durch die gewaltigen technischen Erfolge, die die Industrie (und vor allem die deutsche Industrie) durch die Auswertung ihrer Verfahren hat erzielen können.

Wenn also das Nobelpreis-Komitee schon abgewichen ist von seinen bisherigen Richtlinien, so muß es sich bei den beiden Kandidaten für den Chemiepreis also um Männer von ganz bedeutendem Ansehen handeln. Und tatsächlich sind auch die beiden Preisträger: Karl Bosch und Friedrich Bergius, heute mit die bekanntesten chemischen Techniker der Welt, die eine für den Fortschritt der Menschheit unerhörte Arbeit geleistet haben und heute noch leisten. Der in der breiten Öffentlichkeit bekanntere von diesen beiden Männern dürfte

Professor Friedrich Bergius

sein, der in der jüngsten Zeit erst mit seinem Verfahren zur Gewinnung von Zucker aus Holz allergrößtes Aufsehen erregt hat. Aufgebaut auf den Vorarbeiten Richard Willstätters hat Bergius Beweise dafür erbracht, daß aus der Zerlegung der Zellulose durch starke Salzsäuren Zucker gewonnen werden kann, Zucker, der qualitativ genau so gut ist wie Zucker aus Stärke! Im Augenblick jedoch hat diese Erfindung für die deutsche Wirtschaft noch keine größere Bedeutung; es besteht aber die Möglichkeit, durch die „Holz-Hydrolyse“ ein für die Tierzucht wichtiges Futtermittel zu erhalten, das besonders in schlechten Weideständen der Landwirtschaft eine ausgezeichnete Dille sein wird.

Bergius' Hauptarbeit aber ist dies nicht, sondern das ist ein Verfahren zur Verflüssigung der Kohle, um auf diese Weise einen hochwertigen und gleichzeitig auch wirtschaftlichen Treibstoff für Motoren zu erhalten. Welche Bedeutung die Kohlehydrierung für die gesamte deutsche Wirtschaft erhalten hat, läßt sich am besten daraus erkennen, daß Erzeugung, Destillation und Ruhrbarmachung des „Deutschen Benzins“ (H.G.-Benzins, weil von den H.G.-Farbenwerken hergestellt und vertrieben) fast vollkommen auf den Ergebnissen der Arbeit des Professors Bergius basiert. — Geboren wurde Professor Dr. Friedrich Bergius am 11. Oktober 1884 als Sohn eines Fabrikdirektors in Goldschmieden bei Deutsch-Wilka. Er studierte Philosophie in Breslau und Heidelberg und hat anfangs als Privatdozent an der Technischen Hochschule in Hannover habilitiert, bis er — in schneller und stetiger Aufstiegs — heute einer der führenden chemischen Techniker Deutschlands wurde.

Neun Jahre nach dem Nobelpreis als Bergius ist der zweite Nobelpreis-Kandidat,

Professor Karl Bosch

der führende Generaldirektor der I.G.-Farben-Industrie, Deutschlands größten Wirtschaftskonzerns. Der heutige Generaldirektor, Professor und Dr. ing. h. c., wurde am 27. August 1874 in Rölln geboren, lernte praktisch als Formner in einer Eisenhütte im Schlesienschen und besuchte dann die Technische Hochschule in Charlottenburg und die Universität in Leipzig. Im Jahre 1899 schon trat er als Chemiker in die Badischen Anilin- und Sodafabrik ein und wurde in rascher Folge stellvertretender Direktor und Direktor dieses Werkes, bis er im Jahre 1925 Vorsitzender des Vorstandes der I.G.-Farbenwerke wurde. Boschs großer Verdienst besteht darin, daß er die praktische Auswertung des Haber'schen Verfahrens zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft durchsetzte — gegen schärfsten Wider-

Die deutsch-französischen Besprechungen. Nach der Rückkehr des französischen Botschafters. — Die vier Punkte des „Excellior“.

11 Berlin. Im allgemeinen beurteilen politische Kreise den Stand der diplomatischen Verhandlungen über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage recht zuversichtlich. In der Presse ist ja auch bereits angedeutet worden, daß zunächst mit der Einberufung des Sonderausschusses der V. J. zu rechnen ist, der sich mit der Prüfung der deutschen Lage zu beschäftigen hätte und daß im Anschluß daran dann die große Reparationskonferenz zusammenzutreten würde, bei der die eigentlichen Entscheidungen liegen. So sehen die Dinge nun allerdings nicht aus, wie sie geteilt werden. Er behauptet, daß der Standpunkt der französischen Regierung sich in vier Punkte zusammenfassen lasse. Danach soll 1. der Sonderausschuss genau begrenzte Vollmachten haben. Dem gegenüber muß man feststellen, daß die ganze Prüfung keinen Zweck hat, wenn sie sich nicht auf den gesamten Komplex der einschlägigen Fragen beziehen würde. Es hört sich ja auch merkwürdig an, wenn das Blatt — das ist der zweite Punkt — behauptet, es handle sich darum, die deutsche Lage zu prüfen und nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit noch einmal zu kontrollieren. Das ist ein Widerspruch in sich, der auch nicht gerade dadurch an Logik gewinnt, daß das Blatt uns vorwirft, wir seien ein reiches Volk, das nur durch schlechte Verwaltung seinen Kredit zerstört habe. Ein so sachverständiges und maßgebendes Gremium wie der Wiggatausschuss, hat ausdrücklich seitge-

hand im eigenen Direktorium! Dank Haber und Karl Bosch hat sich Deutschland von Salpeter unabhängig machen können, ein Vorgang von so ungeheurer wirtschaftlicher Bedeutung, daß in der Verleihungsurkunde des Nobelpreises an Haber von dem Haber-Bosch-Verfahren gesagt wurde, daß es durch die Verbilligung billiger Stickstoffdüngemittel für die Volksernährung von unvorstellbarer Bedeutung geworden sei. Zeugnis für diese Bedeutung legen die beiden riesenhaften deutschen Werke ab, die für die technische Durchführung des Haber-Bosch-Verfahrens erbaut wurden: Leuna und Oppau!

China wieder Kaiserreich?

London, 13. November.

Das Reuter-Büro gibt chinesische Meldungen aus Peking und Nanking wieder, nach denen der ehemalige Kaiser von China auf der Fahrt nach Nanking in Dalen eingetroffen sei und Vorbereitungen für eine Wiederherstellung des Kaiserreichs treffen würde. Es würden bereits mit Drachen geschmückte Fahnen hergestellt.

Neuer Hileruf Chinas

Der Vertreter Chinas, Dr. Sze, hat Briand dringend ersucht, sofort bei der japanischen Regierung vorstellig zu werden, weil infolge der aggressiven Haltung Japans schwere Kämpfe in der Mandschurei zu befürchten seien. In der chinesischen Note wird ausgeführt: Am 12. November mittags hat die Provinzialregierung von Hailujiang vom General Honjo ein Ultimatum erhalten, worin der General Ma, der Präsident der Provinzialregierung, aufgefordert wird, sein Amt niederzulegen und sofort Tschitar zu räumen. Die japanischen Truppen sind im Begriff, entlang der Eisenbahnlinie Taonan-Anganachi die Stadt Tschitar zu besetzen. Die chinesischen Truppen haben sich nach San Chien Fang Sze, sechzehn Meilen vom Bahnhof Tschin entfernt, zurückgezogen. Der Bahnhof ist im Augenblick in den Händen der Japaner. Wenn die Japaner ihre Absicht, Tschitar zu besetzen, ausführen, so würde das eine flagrante Verletzung der dem Rat gegebenen Versprechen bedeuten, und man müßte jeden Augenblick mit dem Ausbruch schwerer Kämpfe rechnen.

Laval berichtet

Ministerpräsident Laval erstattet vor den vereinigten Kammerausschüssen ein eingehendes Exposé über die internationalen Verhandlungen. Er gab nach dem herausgegebenen Communiqué bekannt, daß nach Prüfung der Lage in Europa und besonders in Deutschland Hoover und er darüber einig gewesen seien, daß die Initiative für die Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses ergriffen werde. Erst nach Einbringung des Berichtes der Sachverständigen würden die Regierungen die Bedingungen und Bestimmungen der neuen Regelung ins Auge zu fassen haben. Auf eine Frage erwiderte der Ministerpräsident, daß innerhalb der Reparationen und Kriegsschulden er die Freiheit der französischen Regierung vorbehalten habe, genau wie Präsident Hoover diejenige seiner Regierung.

stellt, daß Deutschland alles nur Mögliche getan hat, um seine Finanzen in Ordnung zu halten.

Nach dem dritten Punkt des „Excellior“ will Frankreich sich dagegen wehren, daß die Reparationen den kurzfristigen Krediten geopfert werden sollen. Niemand hat ein solches Verlangen gestellt. Aber Deutschland hat gefordert und muß diesen Standpunkt selbstverständlich weiter vertreten, daß die Gesamtlage berücksichtigt wird, und sie wird von der Frage der kurzfristigen Kredite natürlich sehr stark beeinflusst.

Schließlich wird in dem vierten Punkt die Regelung der Reparationen von einer parallelen Schuldenberabsetzung durch die Vereinigten Staaten abhängig gemacht. Das ist schon nach dem ganzen Gang der bisherigen Reparationsbesprechungen eine Unmöglichkeit. Sie stehen augenblicklich doch so, daß Präsident Hoover den Proseß gewissermaßen an die erste Instanz zurückverwiesen hat, indem er Deutschland und Frankreich sich zunächst einmal untereinander auseinandersetzen läßt. In diesem Stadium kann aber keine Rede von den Schulden bei Amerika sein, auf deren Gehaltung Deutschland nicht den geringsten Einfluß hat.

Aus allen diesen rein sachlichen Unmöglichkeiten kann man eigentlich nur schließen, daß es sich mehr um 4 Punkte des „Excellior“ als der französischen Regierung handelt. Umso notwendiger erscheint es, ihnen sofort die Wirklichkeit entgegenzustellen.

Schuldschleife in Frankreich?

Paris, 13. November.

In der Kammer ist der Budgetvoranschlag für 1932, d. h. laut Beschluß der Regierung nur für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember, eingebracht worden. Der Voranschlag weist eine Gesamteinnahme von 41 037 299 741 Franken und eine Gesamtausgabe von 40 935 018 566 Franken auf, so daß sich ein Einnaheüberschuß von 102 272 775 Franken ergibt.

In der vom Finanzminister und Budgetminister gegebenen Begründung wird der durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachte Einnahmerückgang hervorgehoben. Daher hat die Regierung diesmal zu besonderen Maßnahmen greifen müssen, um den Ausgleich herzustellen. Unter anderem sollen nach einem demnächst zu erlassenden Gesetzentwurf die Einfuhrzölle eine Änderung erfahren, und zwar mit der Begründung, daß die Waren ausländischen Ursprungs gegenüber den französischen eine nicht gerechtfertigte Begünstigung genießen. Es ist vorgesehen, für einzuführende Rohstoffe den Zollfuß von zwei Prozent beizubehalten, den für Halbfabrikate auf vier Prozent und den für Fertigwaren auf sechs Prozent zu erhöhen.

Groener vor dem Reichsrat.

Stellungnahme zum Rundfunkstreit.

11 Berlin. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministers Groener eine Vollversammlung ab. Minister Groener benutzte die Gelegenheit, um sich dem Reichsrat als neuer Innenminister vorzustellen. In seiner Ansprache erklärte er, daß er bestrebt sein werde, die innigen Beziehungen zum Reichsrat zu pflegen. Nichts liege ihm ferner, als etwa durch Maßnahmen von oben her die selbständige Tätigkeit der Länder irgendwie zu beschränken. Man werde bei ihm stets ein offenes Ohr für die Wünsche der Länder finden. Er werde niemals einen Standpunkt einnehmen, der bei den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern dazu führen könnte, irgendeinen Konflikt zu schaffen.

In diesem Zusammenhang kam der Minister auch auf den bekannten Rundfunkstreit zu sprechen. Er erklärte, daß er von einem Konflikt zu keiner Stunde auch das geringste empfunden habe. Im Uebermehrgespräch seien zwei Anschaunngen gewesen und er habe es für nötig gehalten, die preussische Regierung darauf hinzuweisen und ihre Hilfe zu erbitten. Der Minister bezeichnete es als untragbar, daß ihm persönlich erst wenige Stunden vor dem Rundfunkvortrag eine Entscheidung vorgelegt werde, die nicht in wenigen Stunden erledigt werden könne. Er betonte, daß auch die Länder das Interesse haben müßten, frühzeitig genug über solche Dinge unterrichtet zu werden. In dieser Richtung werde er die bestehenden Bestimmungen prüfen und nach der für nächste Woche vorgesehenen Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten entsprechende Vorschläge machen. Zum Schluß hat der Minister um das Vertrauen des Reichsrats.

Staatssekretär Weismann dankte dem Minister für die Begründungsworte und gab die Zustimmung, daß der Reichsrat ihn in seiner Arbeit unterstützen werde.